

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 58 (1983)

Heft: 6

Artikel: Wohnungswesen : Stiefkind der Berggebeitspolitik

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-105243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mietung an ihre Mitglieder zugeteilt. Die kleine Broschüre orientiert anschaulich über das Gemeinschaftswerk der Wohngenossenschaften, welches auch für andere Genossenschaften wegleitend sein könnte.

Die **Eigenheim-Genossenschaft Küs-**
nacht erhält von der Gemeinde ein Grundstück von 3500 m² im Baurecht zur Erstellung von sieben in drei Gruppen zusammengebauten Einfamilienhäusern mit je 5½ Zimmern. Baurechtsbedingungen: Dauer 60 Jahre, Verlängerungsmöglichkeit; kein Baurechtszins während der ersten zehn Jahre, nachher Verzinsung des Landes im Wert von Fr. 200.–/m² zum Hypo-Zinssatz der Zürcher Kantonalbank.

Der **Mieterbaugenossenschaft Küs-**
nacht stellt ebenfalls die Gemeinde Küs-

nacht ein Baurechts-Grundstück von 3726 m² zur Erstellung von zwei Mehrfamilienhäusern mit total sechs 4½-Zimmer-Wohnungen, sechs 3½-Zimmer-Wohnungen und einer Sammelgarage zur Verfügung. An die Baukosten von 3250000 Franken (ohne Land) leistet die politische Gemeinde Küsnight einen Afonds-perdu-Beitrag von 550000 Franken und gewährt ein Darlehen von 550000 Franken zu zwei Prozent Zins, rückzahlbar in 50 Jahren.

Wohnungswesen: Stiefkind der Berggebietspolitik

Das Wohnungswesen ist ein integrierender Bestandteil der Entwicklungspolitik für Rand- und Berggebiete. Die Verbesserung der Lebensqualität durch infrastrukturelle Massnahmen (mehr dezentralisierte Arbeitsplätze, Dienstleistungen, besseres Verkehrswesen) ist zum Scheitern verurteilt, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass die Bevölkerung in den Randgebieten angemessene Wohnungen findet. Diese elementare Voraussetzung ist heute in vielen Gegenden nicht erfüllt.

Die Wohnbedürfnisse in den Randgebieten sind recht unterschiedlich, je nach Abgeschiedenheit und wirtschaftlicher Struktur. In den zentraleren Dörfern besteht eine Nachfrage nach neuen Wohnungen. In abgelegeneren Dorfschaften steht eher die Erneuerung und Instandstellung alter Häuser im Vordergrund. Wo die wirtschaftliche Entwicklung in die industrielle Richtung geht, sind mehr Wohnungen gefragt, während in touristischen Regionen eine Nachfrage nach Einfamilienhäusern und Hausrenovationen besteht. Wo Landwirtschaft vorherrscht, überwiegt der Wunsch nach Wohnraumsanierung. Diese elementaren Wohnbedürfnisse werden heute nur ungenügend befriedigt.

Schuld an der Misere sind folgende Verhältnisse und Entwicklungen:

- Der grassierende Zweitwohnungsbau von Städtern und Kapitalanlegern führt zu einem Ausverkauf der bestehenden Wohnmöglichkeiten und versteuert Wohnungserneuerungen.
- Die starke Nachfrage nach Zweitwohnungen und Aparthotels treibt die Bodenpreise in Höhen, die die finanziellen Möglichkeiten der Einheimischen übersteigen.
- Die Möglichkeiten der öffentlichen Hand sind zu beschränkt, als dass zugesprochene Subventionen für Erneuerungen und für wirtschaftliche Gebäude die Situation wesentlich beruhigen könnten.
- Einkommen und Ersparnisse sind in den Randregionen unterdurchschnittlich, entsprechend gering ist die Belastbarkeit durch Baukredite und Hypotheken (erst recht in Zeiten mit hohen Hypothekarzinsen).

Die öffentliche Hand reagiert auf diese unhaltbaren Zustände völlig ungenügend und zu wenig differenziert; den unterschiedlichen Situationen wird zu wenig Rechnung getragen. So unterstützt das Investitionshilfegesetz (IHG) nur Infrastrukturprojekte, nicht aber Wohnungen im Berggebiet. Und die bisher propagierte Konzentration in Subzentren (bei den Zuschüssen für wirtschaftlichen

Wohnungsbau) hat dazu geführt, dass die Bevölkerung noch mehr aus den Randdörfern abwandert.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Durch den fortschreitenden Identitätsverlust der Bergbevölkerung gehen auch die technischen Kenntnisse verloren, mit örtlichem Material und aufgrund überliefelter Erfahrung Häuser zu bauen und zu erneuern.

Vorschläge der Kommission:

Im Rahmen der kantonalen Richtpläne für Besiedlung (wie im Bundesgesetz über die Raumplanung vorgesehen) ist eine Wohnraumpolitik zu definieren. Unter Berücksichtigung bevölkerungspolitischer, ökonomischer und sozialer Zielsetzungen sind Ort, Ausmass und Finanzierung der Massnahmen festzulegen – entsprechend der gewünschten Besiedlung (preisgünstige Mietwohnungen, Wohnraumsanierung, Neubauten). Die Massnahmen sollten sich nicht auf die Subzentren konzentrieren, weil sonst die unerwünschte Abwanderung aus den Dörfern noch mehr zunimmt.

In den kantonalen Gesetzen sind Reserve- und Ankaufsmöglichkeiten von Bauland durch Gemeinden vorzusehen. Durch Ankauf von Bauland könnten die Gemeinden die Eigentumsbildung von niedergelassenen Einwohnern fördern (Wohnungsbau in kleinen Zentren und Einfamilienhäuser in peripheren Dörfern). Die Finanzierung solcher Massnahmen ist in das IHG zu integrieren.

Zusätzlich zu den Massnahmen des Bundes (Bundesgesetz zur Wohnraumverbesserung in den Berggebieten) sind in den kantonalen Gesetzen Finanzierungsmöglichkeiten für die Wohnraumsanierung vorzusehen.

Selbstverwaltungsinitiativen wie Bau- oder Renovationsgenossenschaften sind zu fördern und finanziell zu unterstützen, etwa durch zinsgünstige Darlehen aufgrund des IHG.

In Informations- und Bildungszentren sollen verlorengegangene Bautechniken wiederentdeckt und vermittelt werden, insbesondere zur Wohnraumerneuerung (Zimmerei- und Maurertechniken usw.). Damit werden die Einwohner in die Lage versetzt, selbst über anstehende Sanierungen zu entscheiden und diese wenn möglich selbst zu realisieren.

Als flankierende Massnahme sollte das ungebremste Wachstum von Ferienhäusern und Zweitwohnungen verhindert werden (Verhinderung des Verkaufs durch Definition der Zweckbestimmung).

An Ort und Stelle sollen Bauunternehmen geschaffen werden, welche Wohnraum mit einheimischen Arbeitskräften und Materialien renovieren und mit auswärtigen Unternehmen preislich konkurrieren können.

*Aus: Die Zukunft unserer Berge...
(Bericht der SPS-Berggebietskommission, 1982)*



Elektroplanung Hans Fankhauser

Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Sihlstrasse 61 8001 Zürich
Telefon-Nummer 01 211 32 62



Wir fabrizieren und

besorgen den fachgerechten
Einbau aller Fensterarten.

FENSTERFABRIK ALBISRIEDEN AG
FELLENBERGWEG 15, 8047 ZÜRICH
TELEFON 01/52 11 45